



Protokoll – 17. Kooperationstreffen „ko|ope|rie|ren: gemeinsam handeln für gesundheitliche Chancengleichheit“

Podiumsdiskussion zur Umsetzung des Präventionsgesetzes

Inputgebende:

Dr. Johann Böhm, Delmenhorster Institut für Gesundheitsförderung
Petra Hofrichter, Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V.
Jens Hupfeld, GKV Spitzenverband
Olaf Liebig, Bundesministerium für Gesundheit
Regine Merkt-Kube, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
Tomas Steffens, Diakonisches Werk

Moderation: Stefan Pospiech, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.

Protokoll: Holger Kilian, Gesundheit Berlin Brandenburg e. V.

Einleitung

Stefan Pospiech begrüßt die Teilnehmenden und stellt die beiden Leitfragen der Podiumsdiskussion vor:

- Wie kommen die Wirkungen des Präventionsgesetzes in den Lebenswelten an?
- Was ist noch notwendig, damit dies verstärkt gelingt?

Standpunkte

Petra Hofrichter berichtet aus der Arbeit im Stadtstaat Hamburg, dass durch die Vorarbeiten der KGC und des Kooperationsverbundes gute Startbedingungen für die Umsetzung des Präventionsgesetzes bestanden. Die Sozialversicherungsträger und das Land verständigten sich darüber, dass keine isolierten Projekte umgesetzt, sondern bestehende Strukturen weiterentwickelt werden sollen. Die Umsetzung erfordert einen hohen Abstimmungsbedarf und einen Vertrauensvorschuss aller beteiligten Akteure, der in Hamburg gegeben sei.

Tomas Steffens erläutert, dass aus Sicht des Diakonischen Werkes die Umsetzung des Präventionsgesetzes ein ambivalentes Bild zeigt. Das Gesetz selbst sei positiv zu bewerten. Allerdings sei es wichtig, in einer Vielzahl von Handlungsfeldern die sozialen Determinanten für Gesundheit zu beeinflussen. Dies liege nicht nur in der Zuständigkeit der Sozialversicherungsträger, sondern sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es stelle sich die Frage, wie die zentralen Akteure

über die Grenzen ihrer Handlungsfelder hinweg erfolgreich zusammenarbeiten können.

Dr. Johann Böhm stellt aus kommunaler Perspektive dar, dass sich die Umsetzung des Präventionsgesetzes mindestens genauso komplex und teilweise widersprüchlich darstellt wie in Ländern und dem Bund. Auch in der Kommune sei es oft schwierig, die Akteure in ihren oft zahlreichen Netzwerken – in Delmenhorst bis zu 50 – zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Es bestehe die Gefahr, dass vor allem die bereits gut aufgestellten Kommunen in besonderer Weise von den Leistungen des Präventionsgesetzes profitieren und sich damit bestehende interkommunale Ungleichheiten noch verstärken.

Diskussion

- Trotz der in allen Ländern abgeschlossenen Landesrahmenvereinbarungen ist die Entwicklung abgestimmter Maßnahmen und Programme in den Ländern weiterhin schwierig. Insbesondere sollte die Umsetzung des Präventionsgesetzes transparenter werden: Wer macht was in welchem Umfang? Hierzu gehört, auch Fördermöglichkeiten und Antragsverfahren auf Landesebene und in den Kommunen transparent zu vermitteln. Es kann verwirren, dass Fördermöglichkeiten sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene (Kommunales Förderprogramm) bestehen.
- Die Planungen sollten längerfristig und verlässlich sein, damit z. B. Kommunen und Länder in ihren oft langfristigen Planungen entsprechende finanzielle Mittel für Ko-Finanzierungen einstellen können.
- Der Öffentliche Gesundheitsdienst sollte gestärkt werden und eine zentrale koordinierende Rolle insbesondere bei der Umsetzung auf Ebene der Kommunen und Kreise übernehmen.
- In den Kommunen sollte es möglich sein, bedarfsgerecht auch Angebote für Zielgruppen zu entwickeln und umzusetzen, die nicht ausdrücklich in den Bundesrahmenempfehlungen genannt werden, z. B. wohnungslose Menschen.

[Jens Hupfeld erläutert, die Liste der vulnerablen Gruppen sei nicht abschließend. Prioritär sei der konkrete Bedarf in den Kommunen.]

- Für die Nutzung der Mittel des Präventionsgesetzes wäre ein „hemmungsloses Marketing“ notwendig. Dies sollte zum einen die Fördermöglichkeiten transparent machen und den Akteuren den Nutzen von Prävention und Gesundheitsförderung für ihre Arbeit vermitteln.
- Der Begriff „Gesundheit“ muss nicht notwendig im Mittelpunkt stehen. In Delmenhorst z. B. standen Veranstaltungen zum Thema unter dem Motto „Glück“.

- Das Präventionsforum sollte als zivilgesellschaftliche Begleitung des Präventionsgesetzes gestärkt werden. Es wird angemerkt, dass bislang umgesetzte Format einer Tagesveranstaltung sei hierfür nicht ausreichend.

Stefan Pospiech bedankt sich bei den Teilnehmenden der Podiumsdiskussion und beim Publikum für die Diskussionsbeiträge. Er sieht weiteren Abstimmungsbedarf für die Umsetzung des Präventionsgesetzes und die Herausforderung, in den Kommunen stabile und nachhaltige Strukturen als Grundlage für abgestimmte Aktivitäten aufzubauen.